KANTON
LUZERN

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom	23. Oktober 2023
Kantonsratspräsidentin	Schmutz Judith

B 1 Kantonsstrategie ab 2023 und Legislaturprogramm 2023–2027; Entwurf Kantonsratsbeschluss über die Kenntnisnahme / Staatskanzlei

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Ruedi Amrein.

Ruedi Amrein: Der Regierungsrat hat die Herausforderungen und den Handlungsbedarf für die Legislaturperiode 2023–2027 beurteilt. Er hat fünf übergeordnete Entwicklungen identifiziert, die den Kanton Luzern stark prägen werden: die Globalisierung, die Ökologisierung, die Digitalisierung, der gesellschaftliche Wandel und die Urbanisierung. Wie sich der Kanton zu diesen Entwicklungen verhalten will und wie das politische Handeln konkret aussehen soll, legt der Regierungsrat mithilfe von fünf Schwerpunkten und fünf Leitsätzen in der Kantonsstrategie und mit 34 Legislaturzielen im Legislaturprogramm dar. Zum ersten Mal legt der Regierungsrat dem Parlament die Kantonsstrategie und das Legislaturprogramm als integrierten Planungsbericht vor. Damit werden die Durchgängigkeit und die Nachvollziehbarkeit der politischen Planung weiter verbessert. Es wird in den kommenden vier Jahren nicht nur darum gehen, die absehbaren grossen Veränderungen mit den vorhandenen Mitteln sinnvoll zu gestalten, sondern auch darum, die Verwaltung zur Bewältigung zusätzlicher, nicht vorhersehbarer krisenhafter Ereignisse zu befähigen. Der Inhalt des Legislaturprogramms wird erstmals mit den massgebenden Zielen für eine nachhaltige Entwicklung verknüpft, welche die Schweiz mit der UN-Agenda 2030 übernommen hat. In diesem Rahmen – abgeleitet aus der Kantonsstrategie und ausgerichtet auf die Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung – orientieren sich Regierung und Verwaltung an 34 Legislaturzielen. Die Planjahre stehen im Zeichen unsicherer Finanzperspektiven. Namentlich die Ausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank sind nicht länger in der bisherigen Höhe gewährleistet. Die zeitliche Staffelung der Massnahmen pro Legislaturziel respektive deren Priorisierung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel ist Gegenstand der jährlichen Aktualisierung im Aufgaben- und Finanzplan (AFP).
Am 27. und 28. September 2023 beriet die Planungs- und Finanzkommission die Botschaft B 1 zusammen mit der Botschaft B 5, dem AFP 2024–2027, und der Botschaft B 6 über Nachtragskredite zum Voranschlag 2023. Eröffnet wurde die Sitzung in Anwesenheit aller Mitglieder der Regierung. Sie stellten die Kantonsstrategie nochmals in geraffter Form vor und standen für Fragen zur Verfügung. Das Eintreten war nicht bestritten. Die Orientierung an den fünf übergeordneten Zielen Globalisierung, Ökologisierung, Digitalisierung, gesellschaftlicher Wandel und Urbanisierung wurde als zielführend beurteilt. Die Verknüpfung der Ziele mit den Zielen der UN-Agenda 2030 wurde begrüsst. Die

Legislaturziele werden unterstützt. Zum Teil werden konkretere Ziele und bessere Erklärungen zur UN-Agenda 2030 erwartet. Es wird bemängelt, dass beim vorliegenden Konkretisierungsgrad wenig Widerspruch ausgelöst wird. Die Kommission schlägt zwei Bemerkungen vor: Einerseits sollen für das nächste Legislaturprogramm 2028–2032 die Bezüge zur Agenda 2030 besser dargestellt und erklärt werden. Es wird bemängelt, dass oft nicht ersichtlich ist, inwiefern die Legislaturziele die erwähnten Ziele der UN-Agenda 2030 unterstützen. Weiter schlägt die Kommission vor, strategische Ziele und Legislaturziele zur Reduktion der Armut aufzunehmen. Verschiedene Krisen haben dazu geführt, dass gewisse Bevölkerungskreise von Armut bedroht sind. Diese Entwicklung muss beobachtet und es muss ihr entgegengewirkt werden. Die PFK nahm die Vorlage mit 12 zu 4 Stimmen zustimmend zur Kenntnis.

Für die Mitte-Fraktion spricht Michèle Albrecht.

Michèle Albrecht: Ich lade Sie ein, bei diesem Traktandum die Brille der langfristigen Kantonsstrategie und des mittelfristigen Legislaturprogramms aufzusetzen beziehungsweise diese Flughöhe einzunehmen. Die Durchgängigkeit und Nachvollziehbarkeit der politischen Planung werden im integrierten Planungsbericht weiter verbessert. Die konsequente Orientierung an den fünf übergeordneten Entwicklungen – Globalisierung, Ökologisierung, Digitalisierung, gesellschaftlicher Wandel und Urbanisierung – erachten wir als zielführend. Diese Megatrends werden auch den Kanton Luzern in der Zukunft stark prägen. Das Legislaturprogramm ist nach Hauptaufgaben strukturiert und beinhaltet fünf Schwerpunkte und fünf Leitsätze. Erstmals sind die 34 Ziele mit der UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung verknüpft, was wir begrüssen. Diese lang- und mittelfristige Ausrichtung des Kantons soll uns also beim Beraten des Voranschlags 2024 beziehungsweise des AFP 2024–2027 helfen, die richtige Flughöhe einzunehmen und vor allem mit diesen Rahmenbedingungen auch in Krisensituationen nicht die Orientierung zu verlieren. Interessant sind in diesem Zusammenhang die ersten Äusserungen der frisch gewählten Regierung Ende August 2023. Das Bildungs- und Kulturdepartement (BKD) will gegen den Fachkräftemangel kämpfen und eine Schule für alle anpacken. Das Finanzdepartment (FD) spricht davon, die Steuergesetzrevision ausgeglichen umzusetzen und die Digitalisierung vorwärtszutreiben. Das Gesundheits- und Sozialdepartement (GSD) will eine qualitative hohe und finanzierbare Gesundheitsversorgung anstreben und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als Schwerpunkt setzen. Das Justiz- und Sicherheitsdepartement (JSD) betont die neuen Kriminalitätsformen und die entsprechenden Ressourcen. Das Bau-, Umwelt und Wirtschaftsdepartement (BUWD) muss die erneuerbaren Energien ausbauen, die Versorgungssicherheit stärken und das Mobilitätskonzept umsetzen. Dabei denken wir an die Schlüsselprojekte Durchgangsbahnhof Luzern (DBL) und Bypass. Es bleibt zu hoffen, dass es sich dabei nicht um leere Versprechungen handelt, sondern dass es der Regierung und unserem Rat gemeinsam gelingt, den Kanton Luzern in eine attraktive und gesunde Zukunft zu transformieren und das notabene mit Weitblick. Die Mitte-Fraktion unterstützt die beiden vorliegenden Bemerkungen der PFK, die Bemerkung der SP lehnen wir ab. Die Mitte-Fraktion ist für Eintreten und nimmt den integrierten Planungsbericht zustimmend zur Kenntnis.

Für die SVP-Fraktion spricht Thomas Gfeller.

Thomas Gfeller: Die Strategie des Kantons Luzern zeigt klar auf, welche Themenfelder in der kommenden Legislaturperiode wichtig sind und wie diese bearbeitet werden sollen. Die Regierung fokussiert sich auf fünf Entwicklungen, welche die Zukunft des Kantons Luzern stark prägen werden. Es sind das die Bereiche Globalisierung, Ökologisierung, Digitalisierung, der gesellschaftliche Wandel und die Urbanisierung. Die Themen stehen in einem direkten Zusammenhang, und daher ist es wichtig, dass diese gemeinsam betrachtet und entwickelt

werden. Ein paar Gedanken zu diesen Entwicklungsfeldern: Die Globalisierung schreitet momentan immer noch sehr stark voran, und darum ist es eminent wichtig, dass man in einem marktwirtschaftlichen Umfeld nicht aussen vor steht, sondern mit seinen Produkten oder mit seinem Standortvorteil am Geschehen teilnehmen kann. Wenn wir unseren nachfolgenden Generationen einen nachhaltigen und geordneten Kanton übergeben wollen, so müssen wir die Weichen jetzt stellen. Wir müssen unsere Ressourcen einteilen und ökologisch verwalten. Dazu gehört eben auch, dass wir nicht einfach unbeschränkt Leute in unser Land oder in unseren Kanton lassen und unser Kulturland für Wohnungen opfern. Wir brauchen Infrastrukturen, also Strassen und Flächen für die Produktion in Landwirtschaft und Gewerbe, damit wir auch in Zukunft wettbewerbsfähig bleiben. Dem Klimawandel muss man ernsthaft entgegentreten und die Probleme lösen, welche der Klimawandel mit sich bringt, und gegenüber neuen technologischen Entwicklungen offen sein. Wichtig dabei ist, dass ideologisch geprägte Grundhaltungen und ein Absolutismus nicht im Zentrum stehen dürfen. Es gibt nicht nur «die» Lösung, vielmehr sind es viele kleine Massnahmen, welche zu einem Ganzen führen. Dem digitalen Wandel darf sich grundsätzlich niemand entziehen, wenn er nicht innerhalb weniger Jahre «weg vom Fenster» sein will. Die digitale Transformation muss stattfinden, sie ist wichtig für die gesellschaftliche Entwicklung und für das Gemeinwohl allgemein. Die Zeiten, als man noch telefonische Verwaltungsanfragen stellen musste, sollten mit dem Betrieb des Internets doch langsam, aber sicher vorbei sein. So muss es in Zukunft noch selbstverständlicher sein, dass der digitale Austausch zwischen den Gemeinden untereinander und der Bevölkerung noch viel einfacher wird. Im Zentrum des Datenaustausches muss natürlich der Schutz der persönlichen Daten jederzeit gewährleistet sein. Das Ganze hat auch einen Preis, und dieser muss sich rechnen. Längerfristig müssen durch die Automatisierungen Kosten eingespart werden. Wir haben in der Schweiz und auch im Kanton Luzern ausgeprägte Solidaritätsleistungen und ein ausgedehntes Sozialwerk. Das ist eine Errungenschaft, die wir unseren Vorfahren verdanken können. Die sozialen Institutionen sollen dem Teil der Bevölkerung zugutekommen, welcher seinen Beitrag dazu geleistet hat, und sie sollen denen verwehrt werden, welche nichts dazu beigetragen haben. Es darf nicht sein, dass unsere sozialen Werke durch andere Kulturen und Vorstellungen ausgehöhlt und ins Wanken gebracht werden. Jeder Kanton und jede Stadt hat Ihre Identität, und diese gilt es zu bewahren. Wir müssen in unserer kleinen Schweiz, wo gerade 43 Prozent der Gesamtfläche nutzbar sind, näher zusammenrücken, sofern wir diesen Expansionskurs beibehalten wollen. Wir müssen verdichten, und das birgt wieder neue Gefahren in sich. Plötzlich ist mir der Nachbar näher als mir lieb ist, und den fernöstlichen Küchengeruch empfinde ich nicht gleich angenehm wir vor wenigen Wochen in den Ferien auf Ko Samui. Die Kernthemen des Strategieansatzes müssen nun mit griffigen Massnahmen umgesetzt werden, und eine der Kernaussagen, welche im Legislaturprogramm gemacht wird, ist, dass man die Ziele nur mit qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erreichen kann. Die SVP-Fraktion teilt diese Ansicht, sie ist aber der Meinung, dass nicht nur alles über den Lohn gesteuert werden kann. Der Regierungsrat schreibt, dass er das Lohngefüge und das Arbeitsumfeld marktfähig und die Attraktivität des Kantons als Arbeitgeber erhöhen will. Mich als Arbeitgeber, welcher sich am Markt orientieren muss, verärgert diese Aussage sehr, denn womit vergleicht sich denn der Kanton? Als KMU habe ich nicht die gleichen monetären Möglichkeiten wie eine Gemeinde oder der Kanton. Wenn man eine marktwirtschaftliche Betrachtung machen will, soll man die 90 bis 95 Prozent der KMU-Betriebe in die Vergleiche mit einbeziehen, und dann stellt man sehr schnell fest, dass die Verwaltung des Kantons gegenüber dem Markt nach wie vor in allen Bereichen besser abschneidet. Der Wettbewerb unter den Gemeinden schadet der Privatwirtschaft und entzieht längerfristig Steuersubstrat.

Die Legislaturziele, welche sich der Kanton unter den Hauptaufgaben H0 bis H9 gesetzt hat, kann die SVP nachvollziehen, und sie unterstütz diese. Die SVP-Fraktion ist für Eintreten und zustimmende Kenntnisnahme.

Für die FDP-Fraktion spricht Michael Hauser.

Michael Hauser: Die FDP-Fraktion begrüsst die Kantonsstrategie und das Legislaturprogramm in den meisten Teilen und nimmt diese zur Kenntnis. Die Analyse mit den Trends Globalisierung, Ökologisierung, digitaler Wandel, gesellschaftlicher Wandel und Urbanisierung ist unserer Meinung nach richtig. Es kann kritisch hinterfragt werden, ob aufgrund der geopolitischen Entwicklungen die Migration nicht eine stärkere Gewichtung erfahren müsste. Die Individualisierung der Gesellschaft als Trend zur Verabschiedung aus der Freiwilligenarbeit wie zum Beispiel aus Vereinen muss kritisch beobachtet werden. Hier erwarten wir vom Regierungsrat geeignete Massnahmen, dieser Herausforderung begegnen zu können. Je eine Bemerkung zu den einzelnen Hauptaufgaben im Legislaturprogramm: Zu H0 Allgemeine Verwaltung: Die fachübergreifende Zusammenarbeit soll nicht nur vereinfacht, sondern mit geeigneten Mitteln stets verlässlich angewendet werden. Koordinationsstellen, die auch der Bevölkerung zugänglich sind, sollen unter den Dienststellen und Departementen vermitteln und verhandeln. Zu H1 Öffentliche Ordnung: Die Sicherheit und das Vertrauen in die Sicherheitsinstitutionen sollen mit der neuen Organisation jederzeit erfüllt sein. Die FDP-Fraktion unterstützt die verstärkte Bekämpfung der organisierten Kriminalität und das konsequente Durchsetzen der bestehenden Gesetze. Zu H2 Bildung: Wir fordern einen Berufswahlprozess in den Untergymnasien und den Mittelschulen und eine Gleichbehandlung der Finanzierung bei Weiterbildungen von Berufsleuten gegenüber Studierenden. Zu H3 Kultur, Sport und Freizeit, Kirche: Die Finanzierung der regionalen Kultur soll bedarfsgerecht geregelt werden. Zu H4 Gesundheit: Wir begrüssen den Ausbau der Fachsprechstunden der Kinder- und Jugendpsychiatrie. Zu H5 Soziale Sicherheit: Die FDP-Fraktion unterstützt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sehr. Die berufliche und soziale Integration der zugewanderten Menschen muss zielgerichtet verstärkt werden. Zu H6 Verkehr: Die Gesamtbetrachtung des Verkehrs mit dem Programm Gesamtmobilität begrüssen wir. Die weitere Unterstützung der Projekte Bypass und DBL ist unerlässlich. Zu H7 Umwelt und Naturgefahren: Der Regierungsrat wird aufgefordert, die geplanten Investitionen im Bereich Naturgefahren so weit als möglich umzusetzen. Zu H8 Volkswirtschaft und Raumordnung: Die FDP begrüsst die Reduktion von Vorschriften und die Absenkung bürokratischer Hürden und den raschen Ausbau von E-Government-Leistungen. Wir verlangen, dass die Gebühren verhältnismässig sind im Verhältnis zu Förderungen oder Leistungen. Zu H9 Finanzen und Steuern: Wir stellen fest, dass die bürgerlich geprägte Finanzpolitik der letzten Jahre erfolgreich war. Als Ergebnis dürfen wir ein attraktives Steuerumfeld und eine gute finanzielle Ausgangslage des Kantons ernten. Die Steuerstrategie soll sich im Hinblick auf die Attraktivität im Vergleich zu umliegenden Kantonen entsprechend weiterentwickeln. Nebst dem Erhalt der Standortattraktivität ermöglicht dies auch bei einer wirtschaftlichen Abschwächung, Mittel für Schwächere zu sichern oder die Herausforderungen der Flüchtlingskrise zu meistern. In diesem Sinn ist die FDP-Fraktion für Eintreten, sie nimmt die Kantonsstrategie sowie das Legislaturprogramm zur Kenntnis und hat keine weiteren Bemerkungen.

Für die SP-Fraktion spricht Meta Lehmann.

Meta Lehmann: Die Kantonsstrategie mit den fünf Leitsätzen und den 34 Legislaturzielen ist eine gute Übersicht zu den Themen, die beim Regierungsrat auf dem Radar sind. Die fünf Leitsätze mit den Stichworten Offenheit, Nachhaltigkeit, Innovation, Zusammenhalt und Lebensqualität klingen gut, und wir können ihnen zustimmen. Wir begrüssen es, dass die

Strategie auf 34 Legislaturziele heruntergebrochen wird. Dadurch werden die fünf doch sehr allgemein gehaltenen Leitsätze konkreter. Allerdings bleiben die Legislaturziele auf zwei Arten hinter ihrem eigenen Anspruch zurück: Erstens sind sie aus unserer Sicht zu vage und zu übergeordnet. Damit vermeidet man Widerspruch, aber man vermeidet auch eine echte Zielstrebigkeit. Man kann nicht wirklich gegen diese Strategie sein, aber die SP-Fraktion wird auch nicht warm damit. Zweitens ist es allgemein bekannt, dass Ziele «smart» sein sollten: Smart steht für «spezifisch, messbar, ausführbar, relevant und terminiert». Bereits im Planungsbericht B 30 zur politischen Kultur und Zusammenarbeit im Kanton Luzern von 2020 wurde unter der Entwicklungsmöglichkeit 11 angemerkt, dass eine Optimierung der Durchgängigkeit der Steuerung erreicht werden soll, indem Indikatoren und Ziele der Leistungsbereiche festzuhalten sind. Indikatoren sind die Übersetzung von Zielen in Zahlen. Man könnte also entweder mit quantitativen und terminierten Zielen arbeiten statt mit vagen, oder man könnte den eher vagen oder qualitativen Zielen Indikatoren zur Seite stellen. Das hat man nun leider bei den Legislaturzielen unterlassen. Es gibt unter den 34 Zielen ein einziges, das quantifiziert ist. Dabei geht es um die Erhöhung der Quote der 25-Jährigen mit Erstabschluss auf 98 Prozent. Überall sonst bleibt man vage. Es gibt beispielsweise kein Ausbauziel bei den erneuerbaren Energien und kein Versorgungsziel bei den psychiatrischen Angeboten, um nur zwei zu nennen. Das bedauern wir. Wir begrüssen es hingegen sehr, dass in der aktuellen Kantonsstrategie die Verknüpfung mit den Zielen der UN-Agenda 2030 gemacht wird. Das sind die Nachhaltigkeitsziele der Uno. Die 17 Ziele der UN-Agenda 2030 sind mit ihren farbigen Ikons und den Kurztiteln bei den Legislaturzielen aufgeführt. Im Anhang kann man den ausführlichen Titel nachlesen, der etwas mehr Inhaltsinformationen liefert. Damit zeigt der Kanton, dass er sich in einem übergeordneten Referenzrahmen bewegt. Allerdings bleibt es bei den meisten Legislaturzielen unklar, inwiefern sie die dort genannten Ziele der Agenda 2030 unterstützen. Weil die Zuordnung der Agenda-2030-Ziele auf die Legislaturziele nirgends hergeleitet oder erklärt wird, erscheint sie leider etwas zufällig. Der Regierungsrat hat in der Kommission bereits bekräftigt, dass man mit der Referenz zu den Agenda-2030-Zielen Neuland betreten habe, und man sei gewillt, hier noch etwas mehr zu investieren. Mit der Bemerkung der PFK für eine bessere Einbettung der Agenda-2030-Ziele unterstützen wir diese Bestrebungen. Für die Durchgängigkeit der Steuerung müssten die Ziele der UN-Agenda 2030 auch mit dem AFP verknüpft werden. In der Kantonsstrategie wird sogar angekündigt, dass auch im AFP die Verbindung zu den Agenda-2030-Zielen gemacht werden soll. Diese Verknüpfung sucht man im AFP jedoch vergebens. Der Regierungsrat hat uns in der Kommission jedoch in Aussicht gestellt, dass im Jahresbericht jeweils auch die Indikatoren kommentiert werden, die die Zielerreichung von Zielen der UN-Agenda 2030 dokumentieren. Wir sind gespannt darauf. Für mehr Transparenz werden wir in der Diskussion zusätzlich beantragen, dass in Zukunft in der Kantonsstrategie beispielsweise im Anhang die bereits bestehenden Planungsberichte genannt werden. Dabei geht es um die Planungsberichte, die für die laufende Legislatur relevant sind. Das würde viel zur Transparenz und zur Durchgängigkeit der verschiedenen Instrumente beitragen. Bisher fehlt in der Kantonsstrategie der Aspekt der Armut. Die Kantonsstrategie enthält zwar Legislaturziele, die der Armut entgegenwirken sollen. Diese finden sich vor allem in der Hauptaufgabe H5 Soziale Sicherheit. Auch die SP-Fraktion ist jedoch der Ansicht, dass das Ziel der Verminderung und Verhinderung von Armut in der Strategie explizit genannt werden müsste. Deshalb unterstützen wir die entsprechende Bemerkung der PFK. Verschiedene Krisen haben nun dazu geführt, dass gewisse Bevölkerungskreise neu oder zusätzlich von Armut bedroht sind. Hinzu kommen die gestiegenen Lebenshaltungskosten, generell lauten die Hauptstichworte dazu Energiepreise und Krankenkassenprämien. Die SP tritt auf die

Vorlage ein. Allerdings beantragen wir aus folgendem Grund die neutrale Kenntnisnahme: Der Fokus der Strategie liegt zu stark auf möglichst tiefen Steuern und zu wenig auf einem adäquaten Leistungsangebot für die Menschen in diesem Kanton. Bereits in der Ausgangslage wird betont, dass die Priorisierung von Massnahmen und Projekten unumgänglich sei. Das erste Ziel unter der Hauptaufgabe Finanzen und Steuern lautet: «Wir priorisieren die kantonalen Leistungen». Kurz gesagt steht das Streichen von Leistungen zuoberst auf der Agenda. Weil das der Rahmen der gesamten Kantonsstrategie und der Legislaturziele ist, wollen wir diese nur neutral zur Kenntnis nehmen.

Für die Grüne Fraktion spricht Fabrizio Misticoni.

Fabrizio Misticoni: Die grundsätzliche Ausrichtung und die Aussagen zu den fünf Trends beziehungsweise Schwerpunkten sowie die daraus abgeleiteten 34 Ziele sind aus unserer Sicht grossmehrheitlich richtig gewählt. Ich wiederhole sie hier nicht. Alles in allem sehen wir die Herausforderungen ähnlich, bei den Dringlichkeiten haben wir Differenzen. Insbesondere den digitalen Wandel sehen wir als eine Querschnittaufgabe, die in allen Bereichen eine dynamische und rasche Entwicklung bedingt. Zu bremsen und hinauszuzögern wäre hier sicher fatal. Wer bei der digitalen Entwicklung nicht dabei ist, der wird disruptiert. Dabei darf der Datenschutz nicht auf der Strecke bleiben, ansonsten geht das Vertrauen in den digitalen Wandel möglicherweise verloren. Es liegt wohl in der Konzeption einer Kantonsstrategie und von Legislaturzielen, dass Aussagen und Ziele sehr allgemein und teilweise vage gehalten sind und konkrete Umsetzungsmassnahmen fehlen. Wir hoffen, dass die Anträge der PFK hier eine wirkungsvolle Verbesserung für die nächste Überarbeitung bieten. Wichtig erscheint uns auch eine nachvollziehbarere Überprüfung der Fortschritte. Aufgrund der hohen Flughöhe fällt es schwer, den formulierten Zielen zu widersprechen, obwohl wir uns in vielen Bereichen, die eine schnelle und umfassende Umsetzung der Klimaziele betreffen, klarere und konkretere Bekenntnisse gewünscht hätten. So kommen wir zur neutralen Kenntnisnahme. Besonders bemerkenswert und sehr lobenswert ist die Tatsache, dass die UN-Goals für eine nachhaltige Entwicklung der UN-Agenda 2030 bereits mit abgebildet worden sind. Wir bedanken uns für das proaktive Vorgehen bei der Umsetzung des Postulats. Dem entsprechenden Postulat werden wir logischerweise zustimmen, und wir können den Ablehnungsantrag absolut nicht nachvollziehen. Es ist natürlich so, dass diese Darstellung und die Auslegungen der farbigen Kacheln keine exakte Wissenschaft sind, und es bleibt über die ganze Botschaft etwas unklar, wie die Ziele mit der Umsetzung der UN-Agenda 2030 konkret verknüpft sind. In Anbetracht der erstmaligen Umsetzung sind wir zuversichtlich, dass dies in spätestens vier Jahren klarer wird. Wir erwarten aber, dass diesem ersten farbenfrohen Auftritt keine farblose Umsetzung folgt. Es ist das eine, diese UN-Goals zuzuweisen und darauf hinzuweisen, es ist aber noch einmal eine ganz andere Aufgabe, sie konkret umzusetzen. Wir sind gespannt. In Anbetracht der kommenden AFP-Debatte und den Steuersenkungsgelüsten und im Hinblick auf die finanzpolitische Realität, die mit diesen Anträgen vorgespurt wird, fragen wir uns aber ernsthaft, ob dieses Legislaturprogramm überhaupt so umgesetzt werden kann oder ob es nach der AFP-Debatte im Oktober bereits wieder umgeschrieben werden muss. Auch ohne diese drohende Einschränkung des finanziellen Spielraums kann man in der Botschaft nämlich schon jetzt Folgendes lesen: «Es fehlten und fehlen die Ressourcen, um langfristige Herausforderungen frühzeitig anzugehen. […] Dieses Dilemma wird sich verschärfen. Die derzeit vorgesehenen Investitionen übersteigen mittelfristig die finanziellen Möglichkeiten des Kantons. Die Priorisierung von Massnahmen, Projekten und Krediten ist unumgänglich. Das kann zu Verzögerungen bei der Zielerreichung oder zu Abstrichen bei den Legislaturzielen führen.» Das macht uns Sorgen und sollte uns alle nachdenklich stimmen. Wir bitten die Regierung um eine Aussage, ob jetzt

schon abgeschätzt werden kann, was die angedrohte Steuerfusssenkung für die Legislaturziele bedeutet. Die Grüne Fraktion tritt auf die Vorlage ein, sie stimmt den drei Bemerkungen der PFK und der SP zu und nimmt den Planungsbericht neutral zur Kenntnis.

Für die GLP-Fraktion spricht Claudia Huser.

Claudia Huser: Eine neue Legislatur, eine neue Regierung, ein neues Legislaturprogramm: Ist jetzt alles anders? Obwohl bereits grösstenteils in der bisherigen Regierung entstanden, wagt man eine gewisse Ergänzung zu erkennen: Die höhere Gewichtung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Das ist schön zu sehen und freut die GLP-Fraktion auch, weil damit bereits ein Wahlversprechen eingelöst wird, zumindest hier schwarz auf weiss. Jetzt sind wir gespannt auf die konkrete Umsetzung, die aber zugleich finanzierbar bleiben muss. Die GLP-Fraktion anerkennt ebenfalls die Verbindung zu den Nachhaltigkeitszielen und damit die Umsetzung des Postulats P 1037. Zu den weiteren Inhalten: Es sind viele wichtige Aufgaben aufgelistet. Was auch klar ist: In einem Legislaturprogramm geht es darum, was man macht, aber nicht, was man nicht mehr macht oder abbaut. Dazu hätten wir aber gerne weitere Ausführungen gehabt. Wir sind gespannt, wie die Ziele H0 bis H8 mit dem Ziel H9 «Wir priorisieren die kantonalen Leistungen und nutzen den Spielraum für strategische Schwerpunkte» effektiv umgesetzt respektive in Einklang gebracht werden sollen. Wir erwarten diesbezüglich eine klare Führung und einen realistischen Plan, immer mit Blick auf die Unwägbarkeiten, die ein Parlament mit sich bringt. Unser Rat darf noch Änderungen anbringen. Wir erwarten, dass die Regierung ihre Verantwortung wahrnimmt und auch beim Beschliessen neuer Aufgaben vermehrt die Auswirkungen auf bestehende Aufgaben präsentiert respektive dass gezeigt wird, was auf der anderen Seite abgebaut werden kann oder muss. In diesem Sinn nehme ich gerne die Worte des Regierungspräsidenten auf: Es darf kein Papiertiger werden. Wir wünschen der Regierung hierzu viel Erfolg. Wir treten auf die Vorlage ein und nehmen das Legislaturprogramm zustimmend zur Kenntnis. Beim Postulat P 1037 stimmen wir der Erheblicherklärung zu.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Heute, ein Tag nach den Wahlen, ist ein guter Zeitpunkt, um uns in der Politik auf die Arbeit der nächsten vier Jahre zu konzentrieren. Insgesamt ist im Interesse Ihres und unseres Rates, dass die Lösungen im Vordergrund stehen und wir den Kanton Luzern in der Schweiz und weltweit als attraktiven, lebenswerten Kanton positionieren. Mit der Botschaft B 1 präsentieren wir Ihnen die langfristige und mittelfristige Ausrichtung der kantonalen Leistungen. Es ist unser Anspruch als Regierung, dass die strategischen Ziele der Botschaft B 1 unseren Kanton in den nächsten fünf und zehn Jahren zuverlässig auf Kurs halten. Gleichzeitig ist es unser Anspruch, dass wir flexibel und handlungsfähig bleiben. Die Kantonsstrategie und das Legislaturprogramm sind darum so verbindlich wie nötig, damit sie in jeder politischen Lage als Referenz dienen können. Ich denke dabei auch an die letzte Legislatur mit sogenannten Krisen oder Unwägbarkeiten wie der Pandemie und der drohenden Energiemangellage oder mit den Flüchtlingskrisen. Die Kantonsstrategie und das Legislaturprogramm sind so ausgerichtet, dass wir die Umsetzung jedes Jahr im AFP situationsgerecht feinjustieren können. Letztlich bestimmt Ihr Rat mit den vorhandenen Finanzen und Ressourcen das Tempo und die Priorisierung der angestrebten Ziele. Vor diesem Hintergrund stelle ich gerne fest, dass Ihre Fraktionen die grossen, schwierigen, übergeordneten Aufgaben am gleichen Ort sehen wie die Regierung und dass Sie auch die politischen Schwerpunkte, Ziele und Leitsätze, die sich daraus ergeben, grundsätzlich nachvollziehen können. Die Regierung ist sich aber bewusst, dass die Meinungen bei der Lösung der Herausforderungen sicherlich noch etwas auseinandergehen werden. Trotzdem ist es eine gute Grundlage für eine konstruktive, gemeinsame, nachhaltige, gemeinnützige

Politik des Parlaments und der Regierung in den nächsten vier Jahren. Dafür danken wir Ihnen. Was ich ebenfalls feststelle, ist ein gutes Verständnis für die Funktion der Vorlage. Diese Funktion bringt gewisse Eigenarten und Beschränkungen mit sich. Zu den Eigenarten: Kantonsstrategie und Legislaturprogramm sind eine Regierungserklärung und gleichzeitig ein Instrument der Verwaltungsführung. Nicht jedes Legislaturziel erfindet den Kanton Luzern neu. Verschiedene Legislaturziele machen Vorgaben, wie die Verwaltung in einer bestimmten politischen Situation ihre gesetzlichen Aufgaben vollziehen soll. Es ist wichtig, dass wir auch für diese Ziele den Rückhalt des Parlaments haben. Zu den Beschränkungen – und hier nehme ich vielleicht schon die Diskussion zu den vorliegenden Bemerkungen vorweg –: Ihr Rat hat festgelegt, wie die politische Planung und Berichterstattung im Kanton Luzern aussehen muss. Gemäss dem Gesetz über die Steuerung der Finanzen und Leistungen und dem Kantonsratsgesetz ist die Darstellung nach den zehn Hauptaufgaben der Politik und nach den 43 Aufgabenbereichen geordnet. Gemäss dieser Ordnung stellen wir auch unsere Nachhaltigkeitspolitik dar, notabene in allen drei Dimensionen: in der ökologischen, der ökonomischen und der sozialen. In der letzten Zeit hat das Monitoring und Reporting von Nachhaltigkeitsmassnahmen viel Aufwind erfahren. Der Kanton Luzern macht mit beim «Cercle Indicateurs» und wird via Webseite des Bundes eine verbesserte Berichterstattung zur Verfügung stellen. Neu referenziert das Legislaturprogramm zudem auf die UN-Ziele für eine nachhaltige Entwicklung. Wir nehmen als Anliegen aus Ihrem Rat entgegen, dass die verschiedenen Darstellungen einer nachhaltigen Politik noch besser miteinander verknüpft werden sollen und dass die Verknüpfungen gut erklärt werden müssen. Wir werden die Instrumente der politischen Planung und Berichterstattung in diesem Sinn weiterentwickeln. Wir appellieren aber auch an Ihren Rat: Mit dem Aufbau von neuen, zusätzlichen Planungs-, Monitoring- und Berichts-Kreisläufen nimmt primär der Verwaltungsaufwand zu. Damit ist noch nichts gewonnen. Am Schluss muss Ihr Rat wirksame Massnahmen für mehr Nachhaltigkeit auch beschliessen und finanzieren. Dann sind wir wieder beim AFP. Gerne nehme ich noch zu einigen Voten Stellung. Die SP-Fraktion ist mit den unkonkreten Zielen unzufrieden. Auf dieser Ebene sind die Ziele noch nicht sehr konkret, weil diese erst im AFP genauer definiert werden. Erst wenn wir genügend Ressourcen und finanzielle Mittel haben und Sie eine Priorisierung vornehmen, können wir das Tempo der Umsetzung festlegen. Zur Frage der Grünen Fraktion bezüglich Steuerfusssenkung, die wir im AFP besprechen werden: Ja, es ist so, die übergeordneten Ziele finden Sie im Legislaturprogramm, aber Ihr Rat bestimmt mit den Ressourcen und den Finanzen das Tempo und die Möglichkeiten der Priorisierung. Die weitere Diskussion dazu überlasse ich dem Finanzdirektor. Zu den hohen Erwartungen der GLP-Fraktion: Wir wünschen uns allen Erfolg mit diesem Legislaturprogramm. Es geht ja nicht um die Regierung oder das Parlament, sondern letztlich um unseren gemeinsamen Kanton Luzern. Die Regierung hat das nicht allein im Griff, sondern die Abhängigkeiten sind im AFP gegeben. Deshalb müssen wir jedes Jahr gemeinsam einen guten Weg finden, damit wir auch die Ressourcen und Finanzen zur Verfügung haben, um diese Ziele zu erreichen. Die grundsätzliche Bereitschaft dazu haben wir in den Fraktionsvoten gespürt. Die Regierung dankt Ihnen für Ihr Eintreten auf die Vorlage und beantragt Ihnen wie die PFK zustimmende Kenntnisnahme.

Bemerkung PFK zu Allgemein: Für das nächste Legislaturprogramm 2028–2032 sollen die Bezüge zur Agenda 2030 besser dargestellt und erklärt werden.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Ruedi Amrein.

Ruedi Amrein: Die Bemerkung wurde von der PFK mit 16 zu 1 Stimme überwiesen. Die Regierung hat sich selbst dahingehend geäussert, an Verbesserungen arbeiten zu wollen. Ich

bitte Sie, der Bemerkung zuzustimmen.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Wir haben ausführlich über diese Thematik diskutiert und sie zum ersten Mal in das Legislaturprogramm eingearbeitet. Beim nächsten Legislaturprogramm werden wir die Inputs aus der PFK aufnehmen und in der Überarbeitung das System weiter optimieren. Wir sind bereit, die Bemerkung der PFK entgegenzunehmen.

Der Rat stimmt der Bemerkung mit 84 zu 27 Stimmen zu.

Bemerkung Meta Lehmann zu Allgemein: Für die Legislatur relevante, bereits vorliegende Planungsberichte sollen im Anhang aufgeführt werden.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Ruedi Amrein.

Ruedi Amrein: Diese Bemerkung ist der PFK vorgelegen und mit 9 zu 8 Stimmen knapp abgelehnt worden. Es wurde gesagt, dass sich die Planung immer wieder ändere. Es liegen zum Teil noch alte Planungsberichte vor, die noch nicht erfüllt wurden. Daraus hat man geschlossen, dass diese Planungsberichte nicht alle Informationen erschliessen. Die Kommission war sich über den Mehrwert nicht einig, denn es war nicht klar, welche Planungsberichte abgebildet werden sollen.

Meta Lehmann: Bei der Lektüre der Kantonsstrategie fällt auf, dass bei gewissen Hauptaufgaben in den Legislaturzielen auf die Umsetzung von Planungsberichten verwiesen wird, beispielsweise unter H2 Bildung oder H7 Umwelt- und Naturgefahren. Es werden also nicht inhaltliche Ziele genannt, sondern dass die entsprechenden Planungsberichte umzusetzen sind. Bei anderen Hauptaufgaben werden keine Planungsberichte genannt, obwohl man aktuell an der Umsetzung von Planungsberichten ist, beispielsweise unter H1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit, wo der Planungsbericht über die Luzerner Polizei in Umsetzung ist. Ohne eine ergänzende Auflistung der relevanten Planungsberichte bleibt für die Lesenden unklar, ob bei den Hauptaufgaben ohne Verweis auf einen Planungsbericht keine relevanten Planungsberichte vorliegen oder nur nicht darauf verwiesen wird. Gerade weil die Planungsberichte eine sehr wichtige Leitlinie für die Arbeit der Verwaltung sind und auch die Legislaturziele beeinflussen, scheint es uns wichtig, diese präsent zu halten. Eine Zusammenstellung aller bereits bestehenden und für die Legislatur relevanten Planungsberichte würde uns Parlamentarierinnen und Parlamentariern auch die Übersicht erleichtern, dies erst recht, weil die Fluktuation im Rat nicht unbeträchtlich ist und sich neue Mitglieder mit einer solchen Übersicht viel rascher einen Überblick verschaffen könnten. Selbstverständlich muss man sich bewusst sein, dass es sich bei einer Auflistung der relevanten Planungsberichte um eine Momentaufnahme zum Zeitpunkt des Strategieabschlusses handelt. Im Verlauf der Legislatur werden neue Planungsberichte hinzukommen. Aber das ist aus meiner Sicht kein Grund, um ganz auf eine Auflistung zu verzichten. Ich bitte Sie deshalb, dieses Anliegen zu unterstützen, zumal es für die Verwaltung einen minimalen Zusatzaufwand bedeutet, die für sie relevanten Planungsberichte in einem Anhang zu nennen.

Michèle Albrecht: Die Mitte-Fraktion lehnt die Bemerkung ab. Das hat mit der Flughöhe der Strategie und dem Nichteinhalten der Aktualität zu tun. Eine ähnliche Bemerkung liegt auch beim AFP vor, dieser werden wir aufgrund der von mir bereits erwähnten Kriterien zustimmen.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Mit dieser Bemerkung tun wir uns schwer. Sektoralstrategien oder eben Planungsberichte sind politische Auslegeordnungen, Schlussfolgerungen und Agenden. Sie haben in der Regel kein Ablaufdatum und werden auch nicht formell abgeschrieben.

Grundsätzlich sind sie also alle relevant. Gewisse Planungsberichte werden regelmässig aktualisiert, beispielsweise der Planungsberichtüber die Klima- und Energiepolitik, welcher dem Parlament alle fünf Jahre neu vorgelegt wird. Das ist auch bei anderen Planungsberichten der Fall. Für die anderen gilt je nachdem, wie sich ein Politikfeld auf der Zeitachse entwickelt, dass ein Planungsbericht vielleicht noch zu 100 Prozent Gültigkeit hat, obwohl er drei bis vier Jahre alt ist. Andere haben nach kurzer Frist nur noch zu 75 Prozent und später zu 40 Prozent Gültigkeit. Es ist schlicht nicht möglich, in einem Legislaturprogramm für alle Planungsberichte aufzuzeigen, welche Inhalte noch aktuell sind und welche nicht. Wenn Sie eine Auflistung der Planungsberichte machen, ist das einfach möglich: Auf der Webseite des Kantons kann unter den Parlamentsgeschäften im Suchfeld der Titel «Planungsbericht» eingegeben werden, dann erscheint eine ganze Reihe seit dem Jahr 2015. Die älteren Planungsberichte finden sich im entsprechenden Archiv auf der Webseite. Sie möchten die Relevanz für das Legislaturprogramm. Aber auch diese Relevanz wird schon nach der Oktober-Session veraltet sein, weil dann wahrscheinlich bereits zwei neue Planungsberichte beschlossen wurden. In diesem Sinn lehnen wir die Bemerkung ab. Wir werden aber bei der AFP-Beratung nochmals darauf zurückkommen, und der Finanzdirektor wird Ihnen diesbezüglich einen Vorschlag präsentieren.

Meta Lehmann: In Anbetracht der Ausführungen von Regierungsrat Fabian Peter ziehe ich meine Bemerkung zurück.

Bemerkung PFK zu S. 14: Es sind strategische Ziele und Legislaturziele zur Reduktion der Armut aufzunehmen.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Ruedi Amrein.

Ruedi Amrein: Die Bemerkung wurde von der PFK mit 16 zu 0 Stimmen überwiesen. Die Argumente dazu wurden in der Diskussion bereits genannt. Die Regierung hat dieses Anliegen zudem im AFP abgebildet. Ich bitte Sie, der Bemerkung zuzustimmen.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Der Regierungsrat hat die Legislaturziele pro Hauptaufgabe auf der Basis einer umfassenden Auslegeordnung zum jeweiligen Politikbereich festgelegt. Die Legislaturziele bauen darauf auf und wirken dort, wo im Kanton Luzern aus Sicht unseres Rates noch Handlungsbedarf besteht. Mit dem Legislaturziel «Beseitigung der Schwelleneffekte bei Sozialleistungen» mit den Massnahmen der periodischen Überprüfung der individuellen Prämienverbilligung als wichtiges Instrument der Armutsprävention respektive der Umsetzung des Wirkungsberichts Existenzsicherung 2021 wurden die strategischen Ziele für die Reduktion der Armut aufgenommen. Unser Rat opponiert dieser Bemerkung jedoch nicht, sondern wir wollen diese mitnehmen als Chance im Sinn einer Präzisierung des bisherigen Legislaturziels sowie der Massnahmen, die zur Zielerreichung beitragen. Wir sind überzeugt, dass beim nächsten Legislaturprogramm diesbezüglich allenfalls noch Optimierungspotenzial besteht.

Der Rat stimmt der Bemerkung mit 83 zu 27 Stimmen zu.

Antrag Lehmann Meta zu Ziffer 1: Neutrale Kenntnisnahme.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Ruedi Amrein.

Ruedi Amrein: Gewisse Fraktionen haben beim Eintreten erklärt, dass sie für eine neutrale Kenntnisnahme sind. Der PFK lag jedoch kein entsprechender Antrag vor. Die Kommission hat die Vorlage mit 12 zu 4 Stimmen zustimmend zur Kenntnis genommen.

Meta Lehmann: Die SP-Fraktion stellt den Antrag auf neutrale Kenntnisnahme, weil der Fokus der Strategie zu stark auf möglichst tiefe Steuern und zu wenig auf einem adäquaten

Leistungsangebot für die Menschen im Kanton liegt. Das erste Ziel unter der Hauptaufgabe «Finanzen und Steuern» lautet: «Wir priorisieren die kantonalen Leistungen.» Das Streichen von Leistungen steht zuoberst auf der Agenda. Weil das der Rahmen der gesamten Kantonsstrategie ist, beantragen wir die neutrale Kenntnisnahme.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Nach der Detailberatung steht nun fest, dass Sie auch die Bemerkungen der PFK überwiesen haben. Diese Bemerkungen wollen wir in die nächste Legislaturplanung einfliessen lassen. Die finanziellen und weiteren Ressourcen legt Ihr Rat jährlich im Rahmen der AFP-Beratung fest. Auch die Priorisierung und die entsprechende Zielerreichung können Sie dort entsprechend beeinflussen. Deshalb ist es wichtig, dass Sie heute zu den übergeordneten Zielen Ihre zustimmende Kenntnisnahme abgeben.

Der Rat lehnt den Antrag mit 65 zu 46 Stimmen ab.

In der Schlussabstimmung stimmt der Rat dem Kantonsratsbeschluss zum Planungsbericht über die Kantonsstrategie ab 2023 und das Legislaturprogramm 2023–2027, wie er aus der Beratung hervorgegangen ist, mit 107 zu 4 Stimmen zu.